

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Insertate kosten die eigentlichen Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Kleinanzeigen von 10 bis 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Telegraphisch-Anschluß Nr. 80.

Postfach-Konto:

Frankfurt a. Main Nr. 7089.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus geliefert 2,50 Mark.

Nr. 44.

Braubach a. Rhein, Donnerstag, den 21. Februar 1918

28. Jahrgang.

Jubiläumstagung der Landwirte.

25jähriges Bestehen.

Berlin, 18. Februar.

Die heutige Generalversammlung des Bundes der Landwirte steht unter einem ganz besonders erfreulichen Zeichen! Die umfassendste wirtschaftspolitische Organisation der deutschen Landwirte feiert heute das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß war denn auch der Andrang zu dem Versammlungsort des Bundes, der Philharmonie, besonders stark, und lange vor dem Beginn der Eröffnung waren Saal und Tribünen gedrängt voll, und bis in den Hofraum und weit auf der Straße hängte sich die Menge derer, die vergebens Einlaß zum Saal begehrt hatten.

Der Bundesvorsitzende Dr. Roedike

eröffnete die Jubiläumssammlung mit einem ersten Gedanken derer, die der Tod im letzten Jahre aus den Reihen des Bundes gerissen und denen es nicht vergönnt war, das 25jährige Bestehen des Bundes der Landwirte zu erleben. Daraus hielt der Bundesvorsitzende einen Rückblick auf die Geschichte des Bundes: Der Bund ist vor 25 Jahren im Kampfe geboren, und heute steht er wieder im Kampfe gegen eine Welt von Feinden, um das mit sich zu bringen, was in 25 Jahren erreicht ist. Ohne das, was der Bund während seines Bestehens erreicht hat, wäre dieser Wirtschaftskrieg für uns längst verloren. Wenn wir unseren Feinden siegreich standgehalten haben, so hat der Bund der Landwirte hieran sein gutes Teil dazu mitgewirkt. Der Redner belegte dies mit einer Reihe von Zahlen, die zeigten, wie das deutsche Wirtschaftsleben durch die Fortschritte und Ziele des Bundes gefördert worden ist. Allerdings hat der Bund bei der Regierung nicht durchzusetzen vermocht, daß wir Vorräte schaffen und auch eine wirtschaftliche Vorbereitung neben der militärischen leisten können, wenn Deutschland einmal zum Kriege gezwungen sein würde. Um dies Ziel in Zukunft durchzusetzen, muß die Landwirtschaft Bundesgenossen suchen. Diesen Wunsch äußerte er in der Industrie gefunden, die, ebenso wie die Landwirtschaft das größte Interesse an der Erhaltung eines kräftigen Inlandsmarktes hat. Die Gegner dieses Grundgedankes, die das deutsche Wirtschaftsleben vom Auslande abhängig machen wollen, suchen nun einen Reiz in die Landwirtschaft zu treiben, um Grundbesitz gegen Grundbesitz zu verdrängen. Das sind dieselben Kreise, die jetzt einen Schmachfrieden dem deutschen Volke aufzwingen wollen, die zu verhindern suchen, daß wir das Siedlungsland vor unsern Toren, Kurland und Posen, nicht erhalten. Solange die „Friedens“-Resolution und ihre Mehrheit in Deutschland herrschen, werden unser Land nicht zum Frieden bereit sein.

Der Redner schloß mit einem von der Versammlung einstimmig angenommenen Hoch auf den Kaiser. Der Vorredner verlas darauf die Telegramme, welche der Bund an den Kaiser und den Generalfeldmarschall v. Hindenburg geschickt hat, von denen die Anwesenden in jubelnder Zustimmung Kenntnis nahmen.

Der Kassenscheidungsbericht teilte dann mit, daß aus dem 25jährigen Bestehen ein Jubiläumsschatz von

110000 Mark entstanden sei, der bald die neuenteiltste Zahl erreicht habe.

Freiherr v. Wangenheim,

der als zweiter Bundesvorsitzender nun das Wort nahm, ging im einzelnen auf die Bestrebungen des Bundes in dem letzten Vierteljahrhundert ein. An der Spitze des Bundes steht das Ziel, den Schutz der deutschen Arbeit zu sichern, damit alle Kreise der Bevölkerung ihr sicheres Brot haben. Die Anhebung unseres Wirtschaftslebens durch die zahllosen Kriegsgesellschaften brauchte nicht zu kommen, wenn wir eine weitläufige Vorratsspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet getrieben hätten und die Regierung überhaupt einen wirtschaftlichen Plan gehabt hätte. Beides hat bisher gefehlt, und die Folgen dieses Fehlens sind auf der einen Seite ein immer weiter um sich greifender Zwang und Schleichhandel. Man hat wohl unzählige Organisationen zur Verteilung der Lebensmittel geschaffen, aber nicht eine einzige für die Erfassung der Rohstoffe bei den Landwirten. Diese Organisation wollen jetzt die Landwirte durch ihre schon bestehenden Verbände der Regierung zur Verfügung stellen.

Die neuen Handelsverträge dürfen keine Gefährdung des Schutzes der nationalen Arbeit bringen. Auch wirtschaftliche Verträge mit unsern jetzigen Freunden dürfen nicht zu unserm Nachteil geschlossen werden. Der uns vom Auslande angedrohte Wirtschaftskrieg muß durch einen gegenseitigen Friedensschluß verhindert werden. Die Landwirtschaft braucht Siedlungsland, die Industrie erweiterte Grundlagen ihres Bestehens und der Handel freie Betätigung in allen Weltteilen. Die Parole „keine Annexionen und Entschädigungen“ kann nur von einem Erklärer oder einem Menschen erhoben werden, denen das Wohlergehen der Feinde mehr gilt als das Deutsche Reich.

Nach dieser Rede überbrachte der Vorsitzende des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, Herr Landrat a. D. Rötger die Grüße und Glückwünsche der Industrie zum 25jährigen Bestehen des Bundes, der auch die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens von Landwirtschaft und Industrie hervorhob. Nach diesem kurzen Begrüßungswort sprach ein anderer Mann der Industrie zu den Landwirten, der

Reichstagsabgeordneter Dr. Wildgrube-Dresden.

Sein Thema war „Demokratisierung und Parlamentarisierung“. Redner sah ab von langen theoretischen Ausführungen und nannte sogleich das Ziel der Demokratisierung und Parlamentarisierung, das in der Überwindung der Monarchie besteht.

Man muß fragen: hat sich in diesem Kreise das bewährt, was die Demokratie erstrebt, oder das, was die Monarchie geleistet hat? Das Volk wird zu gegebener Zeit seine deutliche Antwort hierauf geben. Die deutsche Demokratie ist von jeher kosmopolitisch gewesen und war immer bestrebt, das deutsche Volk nach dem Vorbilde des Auslandes zu gestalten. Die Demokratie ist nichtig daran, unsere nationalen Eigenheiten abzuschießen, damit wir dem Auslande gefallen. Noch aber haben wir andere Monarchie, der wir unsern Bestand in diesem Kriege verdanken. Darum müssen wir für ihre Erhaltung kämpfen, nicht um der Monarchie willen, sondern um unserer selbst willen. „Halte, was du hast, damit niemand

dir die Krone nehme.“ Stürmischer Beifall dankte dem Redner.

Die Versammlung nimmt darauf einstimmig eine Resolution

an, in welcher gefordert wird:

Die Möglichkeit für die Landwirte, ihre Helfer und Arbeiter genügend ernähren zu können. Genügende Zugtiere für die Frühjahrsbearbeitung. Beurlaubung der für die Bestellung notwendigen Landwirte. Sicherung der unerlässlichen Düngemittel. Zuweisung von Kraftfuttermitteln zur Fütterung der Erzeugung.

Darauf erhielt der Reichstagsabgeordnete Weiland das Wort, der hervorhob, daß der Bund der Landwirte auch jederzeit den besonderen Verhältnissen Süddeutschlands Rechnung getragen habe. Redner führt dann eingehend aus, was die deutsche Landwirtschaft von den Handelsverträgen mit dem Auslande fordern müsse. Ein lächerlicher Zolltarif sei notwendiger wie je. Im Anschluß an diesen Vortrag wird eine weitere Resolution angenommen, welche die Forderungen der Landwirte auf handelspolitischem Gebiet enthält. Zum Schluß erhält

Kammerherr Major v. Oldenburg-Jannasch

das Wort, der bei seinem Erscheinen am Rednerpult lebhaft begrüßt wird. Redner, der drei Jahre im Felde war, führt aus, daß es ein niederdrückendes Gefühl für einen Soldaten sei, der aus den Gefahren des Kampfes in das Parteigefühl der Heimat zurückkehrt, die vergessen zu haben scheint, daß noch der Krieg tobt. Wenn gerade jetzt von internationaler Verbrüderung gesprochen wird, so muß das geradezu anwidersagen. Über diese Unmöglichkeit ist auch eine Erklärung des Herrn v. Bethmann Hollweg. Der Kanzler, der im Innern wieder alles in Ordnung bringt, auf den wird geschossen, wenn und wenn nicht auf ihn geschossen wird, dann taugt er nichts; es wird darauf ankommen, daß er selbst auch schlägt. Der Kanzler und der Reichstag haben versagt. Der Reichstag hat sich etwas zugarte, daß er die Kriegskredite bewilligt. Aber wenn die Russen und Franzosen nach Berlin gekommen wären, hätten sie im Totschlag auch nicht vor den Herren Reichstagsabgeordneten Halt gemacht. Die Unzufriedenheit ist im Innern auch durch die verkehrte Ernährungsökonomie großgezogen worden. Die zahlreichen Friedensangebote schaden uns nur im Auslande. Diese Handlungen der Regierung werden im Volke nicht begriffen, ebenso das ewige Nachgeben den Völkern gegenüber. Es wird heute Hindenburg und Ludendorff verdacht, daß sie sich mit politischen Dingen beschäftigen. Wenn wir einen Bismarck zum Kanzler hätten, bräuchten sie das auch nicht; so aber ist das Blutnotwendig. Preußen muß es als Demütigung empfinden, wenn ihm Minister aus Bayern geholt werden, die ihm eine Verfassung oktroyieren wollen, die es nicht haben will. Nun zu dem schönen Wort vom Verzicht auf Entschädigung: Das letzte Bild in Rom müßte verweigert und der letzte Frank aus Paris müßte herausgepreßt werden, ehe der Deutsche auch nur eine Mark zu behalten braucht. Eine jährliche 10-Milliardenlast würde zur Auflösung des Deutschen Reiches führen. Die deutschen Herzen schlagen nicht in der Wilhelmstraße oder im Reichstag, sondern im Großen Hauptquartier. F. B.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Schmidt

Reinhold Schmidt.

„Was so einfach liegt es doch nicht, Fräulein Rühlmann, wandte er bescheiden ein. In einem geschäftlichen Betriebe muß alles seine Ordnung haben, und es darf keine Dunkelheiten in den Büchern geben. Irgendeine Form, in der ich diese zwanzigtausend Mark verbuchen könnte, müßte unter allen Umständen gefunden werden.“

„So sagen Sie mir, wie es geschehen könnte. Ich bin natürlich mit allem einverstanden.“

„Es gibt nach meinem Dafürhalten nur eine einzige Möglichkeit: Sie müßten mir bestätigen, daß die Summe von Ihrem Vater für seinen Privatgebrauch entnommen worden ist. Dann bin ich vollkommen gedeckt, denn solche Entnahme stand Herrn Rühlmann selbstverständlich in jedem Augenblick frei, und um die Verwendung hatte ich als sein untergeordneter Beamter mich nicht zu kümmern.“

„Nun ich Ihnen die Bestätigung schriftlich geben — und gleich auf der Stelle!“

„Es wäre allerdings sehr wünschenswert, wenn die Sache durch entsprechende Eintragung in den Büchern, ein für allemal aus der Welt geschafft werden soll.“

„Editha erhob sich und ging zu dem kleinen Damenzimmer, in der Ecke des Wohnzimmers.“

„Schreiben Sie mir, was ich schreiben soll. Ich bin mit diesen geschäftlichen Dingen ja so wenig vertraut.“

„Es trat nicht hinter ihren Stuhl, um seine Stimme

lost bis zum Flüstern dämpfen zu können, und sie schrieb mit hastender Feder, was er ihr vorlagte. Dann legte sie ihren Namen darunter, und ohne es noch einmal anzusehen, reichte sie ihm das Blatt.

„Gebrauchen Sie es nach Ihrem Gutdünken! — Und nun — nun wird also niemand etwas erfahren? Sie versprechen mir, daß ich darüber ganz ruhig sein darf?“

„Soweit überhaupt ein Mensch derartiges versprechen kann — ja, Fräulein Rühlmann! — Ich vermag ja schließlich nur für mich selbst einzustehen. Aber ich denke, daß ich in diesem Fall auch genug. Und ich schwöre Ihnen, daß ich schweigen werde, bis Sie selbst mich von meinem Gelübde entbinden.“

Editha hatte diesmal kein Wort des Dankes, aber er sah an der starrten Bewegung ihrer Schultern und an dem Bücken ihrer Mundwinkel, daß sie nur deshalb schwieg, weil sie mit dem ersten Wort die Herrschaft über sich selbst zu verlieren fürchtete.

Und wie sie ihm nun stumm ihre beiden Hände reichte, beugte er sich, sie ergreifend, herab, um mit seinen heißen Lippen kräftig die kühle, samtweiche Haut zu befeuchten.

Wenige Sekunden später hatte er in derselben korrekten Haltung, die er während der ganzen Dauer ihres Gesprächs bewahrt hatte, das Gemach verlassen.

Fortsetzung folgt.

Neuer Ahnenkultus. Von einem Herrn, der der gewiß nicht seltenen Schulse führt, wird der Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz geschrieben: „Auf eine Eigentümlichkeit der neueren Zeit möchte ich noch hinweisen durch folgendes Angebot, das ich vor einigen Tagen erhielt: Ein Kunsthändler Karl G. ... aus Worms schreibt: Offiziere Ahnen kreisbildend ein etwa 170 Jahre altes Bild, garantiert echter und alter Kupferstich aus der Zeit um 1745, darstellend ein Bild des Benjamin Schulte, sehr schönes, gut erhaltenes Bild, gestochen von Enslang, Preis 15 Mark. Dieses schöne, alte Porträt, das für Sie als den Träger eines gleichen Namens von ganz besonderem Interesse sein dürfte, eignet sich hervorragend als historischer, alter, dekorativer Schmuck für bessere Zimmer oder Bureau.“ Wenn man erst auf den Reim gekommen ist, wird man wohl eine ganze Ahnenreihe geliefert bekommen.

Salomonischer Richterspruch. Aus Kassel schreibt man dem Danb. Fremdenbl.: Ein hiesiger Direktor einer chemischen Fabrik kaufte bei einem Landmann aus der benachbarten Gegend einen 15pfündigen Schinken für 215 Mark. Beim Anschnitt zeigte sich, daß der Schinken gänzlich verdorben und nicht zu genießen war. Der Bauer wollte die 215 Mark nicht herausgeben, und so wurde der Radi angerufen. Dieser entschied: Der Bauer zahlt die 215 Mark zurück und zahlt wegen Übertretung der Höchstpreise für Schinken 286 Mark Strafe, nämlich für jedes Pfund 10 Mark; der Fabrikdirektor, der gekampt hat, zahlt wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz und die Bundesratsverordnung vom 20. Juni 1916 eine Geldstrafe von 800 Mark. Auf diese Weise hat sich niemand etwas dazuerwartet.

Die Jubelfeier in München.

Besuch Kaiser Wilhelms.

München, 19. Februar.

Kaiser Wilhelm ist zu kurzem Besuche hier eingetroffen, um dem Königs- und Kaiserpaar persönlich seine und der Kaiserin Wünsche zur goldenen Hochzeit zu überbringen.

Bei den innigen Beziehungen, die seit je zwischen den Höfen von München und Berlin bestanden haben und die, wenn möglich, durch den Krieg noch befestigt worden sind, entspricht der Kaiserbesuch einer selbstverständlichen Gesandtschaft. Das Volk Bayerns aber wird die Guldigung des Kaisers besonders hoch bewerten.

Volkshuldigung in München.

Im Residenzschloß fand aus Anlaß der Goldenen Hochzeit bereits am Montag eine Guldigung des Volkes statt, das durch alle Stände und Kreise vertreten war. Fürst Jucker-Gloett hielt eine Ansprache an das Königs- und Kaiserpaar, in der er der segensreichen und vorbildlichen Wirkung des Ehebundes auf das ganze Volk gedachte. Nachdem das Kaiserpaar den Wunsch nach einer einfachen Feier des Gedenktages ausgesprochen, habe das Land in freiwilligem Wettbewerb die Mittel aufgebracht für Zwecke der allgemeinen Wohlfahrt und zur Betätigung der Nächstenliebe, und er bitte die Majestäten, die bestehenden guten Absichten zu würdigen und zu ihrer Verwirklichung die Allerhöchste Genehmigung zu erteilen.

Die Landespende von 5 Millionen.

Tiefbewegt dankte der König. In seiner Antwort traf der Monarch dann folgende Bestimmungen über die Landespende: Danach soll von 5 Millionen Mark eine Stiftung zur Fürsorge für Säuglinge und kinderreiche Familien errichtet werden. Ein weiterer Betrag von 3 Millionen Mark soll den Inhabern der Goldenen und Silbernen Militärverdienstmedaille einen Ehrenlohn sichern. Mit einem Kapital von 500 000 Mark aus dem eigenen Vermögen des Königs- und Kaiserpaars soll bedürftigen Landeskinder, vorzugsweise Kriegsteilnehmern, der Eintritt in den Ehestand und die Begründung eines Hausstandes erleichtert werden. 1 200 000 Mark überwieß das Königs- und Kaiserpaar als Grundstock zur Errichtung eines vornehmen Ausstellungsgeländes für Kunst und Kunstgewerbe in München.

Gnadenerlaß des Königs.

Aus Anlaß der Goldenen Hochzeit hat der König durch einen allgemeinen Gnadenerlaß alle Verweise und Geldstrafen bis 150 Mark einschließlich und Haft, Festungshaft und Gefängnisstrafen bis zu einem Monat einschließlich sowie die rückständigen Kosten erlassen. Daneben erfolgten noch in umfangreichem Maße Einzelbegnadigungen insbesondere solcher Personen, die längere Freiheitsstrafen teilweise verbüßt haben.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

19. Februar. Ostlich von Dvorn gestellter Feuerkampf. Bei Labare werden 125 Gefangene eingebracht. Deutsche Truppen rücken in Dünaburg ein. — Vormarsch nördlich von Ruck, das kamplos besetzt wird.

Dünaburg und Luck besetzt.

Mitteilungen des Wolffschen Telegrammen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 19. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nächtl. Vorstöße des Feindes am Douthoulier Walde wurden abgewiesen.

Ostlich von Dvorn und beiderseits der Scarpe am Abend gestellter Feuerkampf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Am Döse-Albne-Ranal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Erkundungen durch. — Südöstlich von Labare stießen badische und thüringische Kompagnien gegen die am 13. 2. in Feindeshand gebliebenen Gräben vor und brachten 125 Gefangene zurück. Der Geländegewinn wurde von harten feindlichen Gegenangriffen wieder aufgegeben.

Im Luftkampf wurden sieben feindliche Flugzeuge abgeschossen. — Oberleutnant Rörger errang seinen 21. Beutnant Udet und Beutnant Kroll errangen ihren 20. Luftsteg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Truppen sind gestern Abend in Dünaburg eingedrungen. Sie fanden nur wenig Widerstand. Der Feind war größtenteils geflüchtet. Die vorbereitete Sprengung der Dünaburg-Brücke ist ihm nicht gelungen. — Beiderseits von Luck sind unsere Divisionen im Vormarsch. Luck wurde kamplos besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Neue U-Boots-Erfolge.

Amstich wird gemeldet: Einde unserer Unterseeboote hat im Sperrgebiet an der englischen Westküste 5 Dampfer mit rund 23 500 Br.-Reg.-T. vernichtet.

Darunter einen großen englischen Passagierdampfer von etwa 13 000 Br.-Reg.-T. Die übrigen vier Dampfer waren sämtlich tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsche Fliegertätigkeit im Januar.

Im Monat Januar haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 161 Flugzeuge und 20 Festballone verloren. Wir haben 88 Flugzeuge und 4 Ballone eingebüßt; davon sind 17 Flugzeuge jenseits unserer Linien verblieben, während die anderen 61 über unserem Gebiet verloren gingen. Auf die Westfront allein entfielen von den 161 außer Geseht gefallenen feindlichen Flugzeugen: 138, von den 88 deutschen: 61. Im einzelnen sei die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammengefaßt: 107 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 36 durch Flugabwehrkanonen, 1 durch M.-G. von der Erde abgeblasen, 1 durch Infanterie abgeschossen, 5 landeten unfreiwillig in unserer Linie. Von diesen Flugzeugen sind 6 in unserer Linie, 4 jenseits der Linie erkennbar abgeblasen. Außerdem wurden 11 feindliche Flugzeuge jenseits unserer Linie zur Landung gezwungen.

An den Ufern der Düna.

Sum deutschen Vormarsch im Osten.

Der amtliche deutsche Seeresbericht vom 19. Februar berichtet, daß bei den wieder aufgenommenen Operationen im Osten unsere Truppen in Dünaburg eingedrungen seien und die Düna kamplos erreicht haben. Als Kriegsschauplatz ist die Düna im Laufe dieses Krieges wiederholt in den Vordergrund getreten. An der Waldaihöhe, unfern der Wolgastetten, nimmt die russisch Dvina geheimer Düna, der größte Strom im westlichen Rußland, ihren Ursprung. Sie nimmt ihren Lauf zwischen hochrandiger und dichtbewaldeter Ufern zunächst nach Südwesten, biegt dann bei Belist nach Westen um, indem sie den Süßfluß des nordrussischen Landrückens umfließt, und vereinigt sich oberhalb Vologda mit der von links kommenden Ulla. Von hier aus hat sich die Düna, die fortan bis zu dreizehn Meter hohe Steilufer begleitet, durch tiefes Hügel- und Morastland auf diesem Abchnitt ihres Weges, der die nordwestliche Hauptrichtung stets einhält, bildet der Fluß zahlreiche Stromschnellen. Erst unterhalb Dünaburg erreicht die Düna das flache Niederland. Ihr Charakter wird nun ein ganz anderer. Stellenweise verschlammte und versandete, nimmt aber plötzlich wieder ein sehr ungestümes Wesen an, indem sie mit reichender Wucht Felsbänke und Klippen überwindet. Das letztere ist namentlich bei Stodmannsböf, 100 Kilometer unterhalb Dünaburg, der Fall; die Schiffer müssen hier die größte Kunst anwenden, um im Rahn ungefährdet an den vielen aus dem Wasser ragenden Blöcken vorbeizukommen. In einer Breite von 600 Meter mündet die Dvina in die weite Bucht des Rigaischen Meerbusens, 16 Kilometer unterhalb Riga, bei der Festung Dünaburg. Die Düna erreicht eine Stromlänge von 1024 Kilometern.

Früher schon hat sich auf der Dvina ein reger Schiffsverkehr entwickelt. Umfaßt doch ihr Entwässerungsgebiet Gegenden, die mit den altrussischen und heute noch bestehenden Verkehrswegen in besonders naher Beziehung stehen. Doch bringen es die Vielgestaltigkeit des Laufes und der Wechsel der Geschwindigkeit mit sich, daß sich der Dünaschiffahrt zahlreiche Hindernisse in den Weg stellen. So namentlich im Gebiete der Stromschnellen, wo die vom Wasser überfüllten Felsstrümmen gefährliche Strudel verursachen. Dampferverkehr besteht infolgedessen nur von Riga flussaufwärts bis Kreuzburg. Hinsichtlich der Landschaften, die sie durchfließt, bietet die Düna auf ihrer langen Wanderung durch die baltische Seenplatte die größte Abwechslung.

Nachdem die Düna den gebirgigen Teil des Landes verlassen hat, werden die Siedelungen häufiger, Städte und feste Plätze reden Türme und Ruppeln in die Luft, und an Stelle der Urwälder tritt kultiviertes Gelände, treten gepflegte Forsten und Getreidepflanzungen. Auch die Bauten bringen es zum Ausdruck, daß die Düna hier zivilisierte Regionen durchfließt, die auf gewichtige historische Traditionen zurückblicken. Überall gibt sich, im Gegensatz zur russisch-litauischen, die deutsch-litauische Kultur zu erkennen. Alles sieht hier sauberer und wohlhabender aus. Eigenartige Erscheinungen hat die Düna in ihrem Unterlauf aufzuweisen, die sogenannten Holme. Es sind das längliche Inseln, die sozusagen im Fluß schwimmen und ihre Formation beständig wechseln. Man nimmt an, daß sie in der Hauptfache den mächtigen Eisschollen, die im Frühjahr den Fluß hinabtreiben, ihre Entstehung verdanken. Viele von diesen Holmen sind zu bleibenden Stätten menschlicher Kultur geworden, so der berühmte Mattinkholm, auf dem schon Weinhard, der erste litauische Glaubensbote, Burg und Kirche gegründet hat, sowie Dertall, wo ebenfalls ein altlitauisches Gotteshaus in die Felsen hineingebaut ist. Den Höhepunkt landschaftlicher Schönheit erreicht der Fluß hinter Jakobstadt, wo er die Schwelle zwischen dem südöstlichen und dem nördlichen Hügel- und Morastland überwindet und infolgedessen ein enges und tiefes Tal gegraben hat.

Wirtschaftlich von besonderer Wichtigkeit ist der Unterlauf der Düna, weil er, mit dem Kanal der Vereina verflochten, die Verbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere herstellt. Trotzdem haben sich Handel und Industrie im Bereiche der unteren Dvina nicht sonderlich entwickelt. Was allein zu größerer Ausdehnung gelangt ist, das sind die Ledergerbereien, Brauereien, Brauweinbrennereien und großen Siegfabriken. Die Uferstreifen eignen sich vor allem zum Anbau von Flachs und Getreide. Unter den südlichen Ortschaften zwischen den dominierenden Verkehrspunkten Riga und Dünaburg nehmen nur Bauske und Friedrichstadt, Jakobstadt und Romo-Alexandrowsk einen gewissen Rang ein, dann wohl auch Illust und Oriva, wo sich von jeher viele Deutsche angesiedelt haben.

Rüstungen der Maximalisten.

Kämpfe gegen die Randvölker.

Nach englischen Berichten trifft die Petersburger Regierung in aller Eile kriegerische Vorbereitungen.

Mehr als 20 Generale des früheren Regimes wurden inhaftiert unter der Bedingung, daß sie sich dem Rat der Volkskommissare zur Verfügung stellen.

Die Strafbestimmungen über Spionage und die Verurteilung über die Briefzensur sind wieder in Kraft gesetzt worden. Das Eisenbahngesetz Nordrusslands, soweit es die maximalistische Gewalt untersteht, ist schon seit Tagen für jeden nichtamtlichen Verkehr gesperrt.

Petersburger Siegesmeldungen.

Die Maximalisten melden von allen Fronten (mit Ausnahme der deutschen) große Siege. Sie geben durch Funkpruch bekannt, daß sie die Polen bei Wlinsk nicht geschlagen hätten, sie melden ferner, daß General Alexejew, der bei Boronisch operierte, eine schwere Niederlage erlitten habe. Endlich melden sie fortschreitende Erfolge in der Ukraine. Dabei ist zu bemerken, daß die Herren von Riew wurden, nachdem 120 Geschütze die wehrlose Stadt unter konzentrischer Feuer genommen.

Schreckensherrschaft in der Ukraine.

Die ukrainische Regierung hat aus Schitomir einen Funkpruch an alle gerichtet, in dem sie die Maximalisten der ukrainischen Fronten entthält. Der Aufruf schließt: Auf der Dörfern und Gütern ist noch eine Unmenge von Getreide auf den Fabriken der Ukraine noch massenhaft Zucker. Auf den Eisenbahnstationen stehen noch viele Steinkohlen in Waggons. Leider ist die Transportfähigkeit der Eisenbahnen in fürchterlichem Zustande. Die Knotenpunkte sind vollkommen verstopft. Dies muß noch gebessert werden. Freunde, verbreitet dies, wenn Ihr Freunde seid. Sendet es an alle Länder, in denen weder die Reaktionäre noch

Die anarchoistischen Berührer es verhindern, daß die Stimme der Wahrheit und der Freiheit gehört wird.

Verhaftung der rumänischen Vertreter.

Auf Anordnung des revolutionären Gerichtshofes in Petersburg wurden der Chef der rumänischen Mission Pantast, und alle militärischen Agenten verhaftet. Die in Odessa wohnenden rumänischen Senatoren verurteilten, wurden aber zurückgehalten. Es wird die Verhaftung der rumänischen Güter geplant.

Entgegen den von Stockholm nach Berlin gelangten Nachrichten, daß die fremden Gesandtschaften Petersburg verlassen hätten, schreibt die „Branda“, das Organ der Maximalisten, daß diese Meldungen erfunden sind. Die Gesandten hätten heute mehr als je Grund, in der russischen Hauptstadt zu bleiben und Rußland zu unterstützen.

Kleine Kriegespost.

Rotterdam, 19. Febr. Der Kongress der Sowjets befaßt die vorläufige Vertagung der allgemeinen Seeresberichterstattung.

Bern, 19. Febr. Die „Victoire“ meldet, daß die Präsidenten Wilson vorgeschlagene gemeinsame Alliiertenkonferenz zur Festlegung der gemeinsamen Friedensbedingungen am 21. März in Versailles stattfinden wird.

Genf, 19. Febr. Die Militärattachés der Alliierten rumänischen Hauptquartier erhielten am 16. d. Mts. den Berufungsbefehl ihrer Regierungen aufgestellt.

Genf, 19. Febr. Nach französischen Blättern soll König von Rumänien nunmehr tatsächlich abgedankt haben.

Sankt Petersburg, 19. Febr. Alle Deutschen, Männer und Frauen, sind nach Indien abgeführt worden.

Schlussspiel.

Druck- und Korrespondenz-Meldungen.

Der Reichstagspräsident an den Reichskanzler.

Berlin, 19. Febr. Der Reichstagspräsident, Dr. Raab, dessen Kur in Altheide noch nicht beendet ist, hat dem Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er sich für die Fortsetzung der gemeinsamen Friedenskonferenz mit der ukrainischen Republik in der ersten Frucht der Friedensbestrebungen des Kaisers bedankt und die Hoffnung ausdrückt, daß Deutschland zusammen mit seinen Verbündeten aus dem großen Blutigen einig, frei und mächtig hervorgehen wird.

Schwedische Schiffe auf dem Weg nach Island.

Stockholm, 19. Febr. Der Eisbrecher Nr. 11 und der Dampfer „Heimdal“ sind mit Bewachungsmannschaft nach Island abgegangen, um die finnische Schutzgarde und rumänischen Truppen eventuell wegzuführen. Das Schwedische Reich, das in den letzten Tagen zu hören war, ist aufgehört.

Selbstmord Kaledin?

Petersburg, 19. Febr. Der Präsident des revolutionären militärischen Komitees hat die Nachricht von dem Selbstmord Kaledin in Nowosibirsk erhalten. General Kaledin wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Der Niedergang der russischen Flotte.

Stockholm, 19. Febr. Die Verlesung in der russischen Flotte macht große Fortschritte. Wie jetzt bekannt wird, ist die Besatzung des Linienschiffes „Republik“ vor einigen Tagen in einer Verarmung beschlossen, das Oberkommando der russischen Flotte nicht mehr als die höchste Organisation der Flotte anzuerkennen, und hat die Besatzung der Flotte der baltischen Flotte aufgefördert, sich diesem Schritt anzuschließen.

Rumänien an Trocki.

Genf, 19. Febr. Nach Jassyer Meldungen wird Rumänien Stunden eine Erklärung des Ministeriums erwarten, die die Haltung des Petersburger Volksrates herausfordernd bezeichnen soll. Mit der Ukrainischen Regierung im besten Einvernehmen bleiben.

Protest gegen die Annulierung der russischen Staatsbank.

Berlin, 19. Febr. Ein Funkpruch aus Petersburg, daß die Vertreter der mit Rußland verbündeten und neutralen Länder aus Anlaß der Annulierung der russischen Staatsbank einen Protest gegen die wirtschaftlichen und finanziellen Dekrete der Arbeiter- und Bauernregierung erhoben, soweit diese die Interessen der Ausländer schädigen. Funkpruch erklärt, daß die genannten Vertretungen, indem sie die Dekrete der gegenwärtigen russischen Regierung anerkennen, sich nicht nur in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen, sondern daß sie auch diesen, die Entscheidung bis zum bewaffneten Zusammenstoß zu ziehen.

Verweigertes Visum.

Genf, 19. Febr. Den italienischen Sozialisten Marx und Turati, die von der Regierung bereits die Erlaubnis hatten, sich zur Londoner Konferenz zu begeben, von dem französischen Vizekonsul in Rom verweigert das Visum für die Reise durch französisches Gebiet verweigert worden.

Allgemeine Dienstpflicht in Holland.

Haag, 19. Febr. Demnächst wird bei der Kammer ein Gesetzentwurf eingebracht zur Einführung bürgerlichen Dienstpflicht in Holland.

Amerikas Nichtbereitschaft.

Haag, 19. Febr. Der republikanische Senator McClellan hat in Washington eine Rede gehalten, in der er die Nichtbereitschaft der Vereinigten Staaten erklärte, daß man mit Rücksicht auf keinen Krieg wisse, daß die Entente am Ende ihrer Kräfte sei, aber Amerika 6 bis 7 Millionen Mann in den Krieg schicken möchte, um das Gleichgewicht der Kräfte herzustellen. Woher solle man aber die Schiffe zur Truppenbeförderung nehmen, wenn man die Entente auch mit Lebensmitteln versorgen müsse? Das wisse Gott, das Marineministerium aber wisse es nicht.

Paragraph Drei.

Die Aussprache über das gleiche Wahlrecht.

Berlin, 18. Februar. Die Beratungen des Reichstages über die Vorlage des Reichstagespräsidenten Dr. Friedberg, hervor. Die Beratungen drehen sich um den grundlegenden Paragraphen 3 der ganzen Reformvorlage, der bestimmt: Jeder Wähler hat eine gleiche Wahlrecht gewandt und für Annahme der konzentrischen Wahlrecht für Mehrstimmigkeit und teilweise Wahl gesprochen. Darauf hatte Dr. Friedberg geantwortet, daß eine solche Wahlreform nur dann eine Wahlreform sei, wenn sie die allgemeine Wahlrecht leisten, weil sonst das Wahlrecht zu einer wirtschaftlichen Interessengruppierung würde. Der konservative Antrag, der auch das indirekte Wahlrecht für die Regierung unannehmbar. Auf eine Anfrage nationalliberaler Seite, ob eine Zusatzkommission für die Bildung der Wahlkreise vereinbart sei, antwortete Dr. Friedberg, daß dies nicht der Fall sei.

Welt der künftigen Welt, antwortete Dr. Friedberg darüber könne er erst nach Befragen des Staatsministeriums bestimmte Auskunft geben.

Gewisse Veränderungen der Vorlage

auf natürlicher Grundlage, so daß jeder Staatsbürger in der Lage sei, sich diese Eigenschaften zu erwerben, könnten vertreten werden. Ob die vom Vorredner vorgebrachten Momente dieser Voraussetzung entsprechen, mußte gründlich geprüft werden. Der heutige polnische Redner sah darin die Einführung eines Umfasses der Regierung.

Demgegenüber wurde von einem Konservativen der Antrag seiner Partei abermals dringend empfohlen. Der konservative Antrag sei keineswegs eine Volksverhöhnung. Er werde nicht die Mehrheit finden. Aber den Weg von Blut und Tränen, den die Regierung vorschlägt, den wollen die Konservativen dem Volke ersparen. Ein Zentrumstredner wendet sich gegen ein ständisches Wahlrecht. Man habe dieses nicht einmal für den Reichstag, wo die großen Berufs- und Wirtschaftslagen geboten, um wieviel weniger passe es für den Landtag. Zum Wahlrechtsentwurf werde das Zentrum Stellung nehmen, sobald bestimmte Anträge vorliegen. Ein Nationalliberaler spricht sich für die

Einführung der Wahlfrist

an. Wenn das Wahlrecht eine staatspolitische Funktion sei, so könne man das Wahlrecht als politische Wahlprüfung betrachten. Als Strafe für ein Verfehlen von 1 Mark bis 50 Mark und daneben den dreifachen Jahresbesitz zu setzen.

Ein neuer konservativer Antrag

Im weiteren Verlauf der Aussprache brachten die Konservativen und Freikonservativen unter Zurücklegung des ersten konservativen Antrages einen neuen Vorschlag ein. Danach soll eine Zusatzkommission gebildet werden auf Grund des Lebensalters, der Zahl der erwachsenen Kinder, des Vermögens, des Einkommens, der selbstständigen Erwerbstätigkeit und der Schulbildung. Die Einzelheiten geben dahin, daß jedem Wähler, der das 25. Lebensjahr vollendet und jedem, der mindestens drei eheliche Kinder, die das 14. Lebensjahr zurückgelegt haben, hat oder gehabt hat, eine Zusatzkommission gebildet wird; ferner demjenigen, der zur Ergänzungsteuer verpflichtet ist, und weiter demjenigen, der zu einer Einkommensteuer über den Gemeinbedarfsschnitt verpflichtet ist oder ein Einkommen von mehr als 3000 Mark versteuert. Weiter soll eine Zusatzkommission erhalten jeder Wähler, der mindestens eine verpflichtende berufliche Stellung bekleidet, oder mindestens zwei Deklar. Land, Forstwirtschaft, Obstbau, Gärtnerei besitzt oder mindestens 1/2 Deklar Weinbau betreibt. Endlich soll eine Zusatzkommission erhalten jeder Wähler, der entweder das Ziel einer Mittel- oder Realschule oder in einer mehr als sechsmonatigen höheren Schule die Befreiung nach der dritten der obersten Klassen oder in einer Lehrerbildungsanstalt die Aufnahme in die dritte Seminarstufe erreicht hat.

Nach Einbringung dieses Antrages wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag vertagt.

An der großrussischen Front.

Nachdem Volkskommissar Trotski die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk mit der Erklärung abgebrochen hat, Rußland gehe aus dem Kriege heraus, ohne einen Frieden zu schließen, hat die deutsche Heeresleitung nach



Der nördliche Frontteil.

Abzug des Brest-Litovsk, wie nicht anders zu erwarten war, die Feindesfronten wieder aufgenommen. Danaburg (im Nordteil der Front und Luck im Südteil) sind bereits genommen. Es handelt sich für uns darum, die Ukraine zu entlasten, die die Petersburger Maximalisten an der Erfüllung ihrer Friedensvertragsverpflichtungen hindern wollen. Die Fortsetzung des Krieges an der großen russischen Front ist Schuld der Maximalisten, die ausschließlich die Verantwortung für die Entwicklung der Dinge tragen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In einer halbamtlichen Erklärung über die polnische Frage heißt es: Von einem Berliner Blatt ist in einer Notiz zur polnischen Frage die Nachricht verbreitet worden, es werde erwogen, von Polen so viel für Deutschland abzutrennen, wie man zur strategischen Sicherung nötig zu haben glaube, und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Auch das preussische Staatsministerium habe sich mit diesem Plan befaßt und ihn entschieden mißbilligt. Nach einem vor kurzem einstimmig gefaßten Beschluß habe das Staatsministerium sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen herbeigeführten Staats- und Reichsgebiets ausgesprochen. Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, sind Beschlüsse darüber, was weiter aus Polen werden soll, bisher noch nicht gefaßt worden. Auf den Rückfall der letzten Entscheidung wird selbstverständlich von allem auch die Art und Weise von Einfluß sein, wie das deutsche Volk sich gegenüber Deutschland und Ostpreußen zu verhalten gedenkt.

In Berlin haben die Wirtschaftsbereinigungen der österreichischen und ungarischen Vertreter mit dem Kriegsernährungsamt im Beisein des Staatssekretärs v. Baldow begonnen. Es handelt sich um die Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen, wie sie sich aus den augenblicklichen Weltlage ergeben. Der Inhalt der Verhandlungen entzieht sich natürlich der Öffentlichkeit. Aus soviel kann jetzt schon gesagt werden, daß alle Teilnehmer mit dem besten Willen und der besten Zuversicht an den Verhandlungstisch treten, um ein geschlossenes Vorgehen der Ernährungsämter innerhalb des Bündnisses zu verabreden und Maßregeln zu treffen, die zu einer Anpassung von Vorräten an die gemeinsamen Bedürfnisse führen können.

Polen.

X Zum Zeichen der Trauer und Mißbilligung über die Zuteilung des Cholmer Landes an die Ukraine haben, wie die „Warschauer Zeitung“ meldet, in den Theatern und Kinos keine Vorstellungen stattgefunden. Im Laufe des Mittwochs war von den politischen Vereinen für die Veranstaltung eines eintägigen allgemeinen Demonstrationstreifens agitiert worden. Die Agitatoren hatten sich bemüht, nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Geschäftsleute für diesen Gedanken zu gewinnen. Da die Fahrer und Schaffner der Straßenbahnwagen nicht zum Dienst erschienen waren, stand der Straßenbahnverkehr still und auch der Straßenverkehr fiel infolge des Streiks der Droshkenfahrer aus. Die Warschauer Blätter, die den Protest gegen den Cholmer Passus abgedruckt haben, sind sämtlich verboten worden. Auch der „Monitor Polski“, der jüngst gegründete polnische Reichsanzeiger, befindet sich darunter.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 19. Febr. Der vom Bundesrat angenommene Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten steht im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege hohe Geld- und Gefängnisstrafen für die Übertragung vor.

Berlin, 19. Febr. Der Friedensvertrag mit der Ukraine fand heute die Zustimmung des Bundesrats.

Berlin, 19. Febr. Der Reichstagsabgeordnete Ledebour hat im Reichstag einen Antrag auf Haftentlassung des Reichstagsabgeordneten Dittmann für die Dauer der Reichstagsferien eingebracht.

Berlin, 19. Febr. Die Abreise des Staatssekretärs v. Kühlmann nach Jockisch ist endgültig auf Mittwoch abends festgesetzt.

Berlin, 19. Febr. Ein dem Reichstag ausgegangener Entwurf betr. die Abänderung des Kriegsgesetzes steht die Möglichkeit vor, die Erträge auch zur Deckung des Beihilfegesetzes von 1917 zu verwenden.

Berlin, 19. Febr. Der sechste Landfrauentag begann heute in Gegenwart der deutschen Kronprinzessin seine Tagung. Verhandelt wurde das Thema: Erziehung der weiblichen Jugend.

München, 19. Febr. Der Kaiser überreichte dem Königs-paar eine kostbare antike Standuhr als Geschenk.

Wien, 19. Febr. Im Volksklub teilte der Obmann mit, daß die polnischen Minister Unterrichtsminister Jowinski und Minister für Galizien Twardowski dem Ministerpräsidenten ihr Rücktrittsgesuch überreicht hätten.

Stockholm, 19. Febr. Da das Wahlergebnis in Estland gunstiger für die Sozialisten ausfiel, haben sie den Zusammentritt der konstituierenden Versammlung verboten.

Stockholm, 19. Febr. Der Kommandant des Rikspoliserietes „Thor“ hat die Russen aufgefordert, die Alands-Inseln zu verlassen. Vor ihrem Abzuge sprengten die Russen das Munitionslager in die Luft.

Oslo, 19. Febr. Wie Bonar Law im englischen Unterhaus mitteilte, ist Lord George schwer erkrankt.

Basel, 19. Febr. Am 12. Februar wurde dem russischen Kommissar für den Krieg gegen die Revolution mitgeteilt, daß sich Kerenski in Charkow befindet.

Birich, 19. Febr. Die österreichisch-schweizerische Grenze ist seit gestern abend gesperrt.

Wiedereröffnung des Reichstages.

(129. Sitzung.) Rk. Berlin, 19. Februar.
Um 3 1/2 Uhr wird die heutige Sitzung in Vertretung der erkrankten Präsidenten von dem ersten Vizepräsidenten Dr. Baasche eröffnet. An der Spitze der Bundesratsmitglieder sitzt heute erstmals der Vizekanzler v. Beyer.

Aussprache des Vizepräsidenten.

Dr. Baasche leitet die Sitzung mit einer längeren Ansprache ein, in der er u. a. folgendes ausführt: Seit wir seit unserer letzten Tagung auseinandergegangen, sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die zu irgendeiner Rundgebung des Reichstages Veranlassung geben könnten. Wir hoffen, daß wir dem allgemeinen Frieden näherkommen würden. Unser Feind im Osten bot uns die Friedenshand. Wir haben jetzt wenigstens

einen bedeutenden Schritt vorwärts

getan. Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile als gleich ehrenvoll betrachtet werden kann. Leider ist es uns nicht gelungen, mit dem übrigen Rußland einen Friedenszustand zu erreichen.

Nach weiterer kurzer Beleuchtung der Lage im Osten wendet sich Dr. Baasche dem Westen zu. „Man will nicht“ sagt er mit Bezug auf unsere Gegner im Westen, „mit uns verhandeln, man will uns niederzwingen, aber wir verzagen nicht.“

Das deutsche Volk, das nun schon über drei Jahre heldenmütig ausharrt, ist auch fernerhin fest entschlossen, neue blutige Opfer zu bringen. Den neuen gewaltigen Kämpfen leben wir mit Zuversicht entgegen in dem festen Entschluß auszuhalten, um die Heimat, um Weib und Kind zu schützen und um einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht, umspült von einem freien Weltmeer.

Nachdem das Andenken der verstorbenen Abg. Stadt-bagen (H. Sox) und Warlo (Benz.) in üblicher Weise gedenkt war, wird ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Denke (H. Sox) wegen Verstoßes gegen das Gesetz über den Belagerungszustand dem Ausschuss für die Geschäftsordnung überwiesen. Nun entsteht eine An-Sprache zwischen Abgeordneten und Regierungsvizepräsidenten. Kleine Anfragen werden gestellt und beantwortet. Sie haben zum Teil nur begrenztes Interesse, so daß ihre Aufzählung sich erübrigt.

Nach kaum 1 1/2 stündiger Sitzung vertagt sich das Haus auf morgen 11 Uhr.

Arbeitsplan des Reichstages.

Der Ältestenausschuss beschloß, den Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Tage wie folgt festzusetzen: Mittwoch: Friedensvertrag mit der Ukraine. Die erste Lesung des Vertrages soll in dieser Sitzung zu Ende geführt werden. Sodann geht der Vertrag an den Hauptausschuss, für dessen Verhandlungen der Donnerstag

festgesetzt bleibt. Am Freitag wird der Friedensvertrag zur zweiten und dritten Lesung gestellt werden. Am Sonnabend kleinere Vorlagen. Die erste Lesung des Haushaltsplans beginnt am nächsten Montag.

Besprechung bei Herrn v. Kühlmann.

Staatssekretär v. Kühlmann hat die Mitglieder des Haushaltsausschusses für heute nach Schluß der Vollversammlung zu einer unverbindlichen Besprechung über die Lage im Osten aufgefordert. Diese Besprechung soll nur informativen Charakter tragen.

Lothales und Provinzialles.

Neckblatt für den 21. Februar.

Sonnenaufgang 7^h | Monduntergang 4^h B.
Sonnenundergang 5^h | Mondaufgang 12^h R.
1843 Dichter Friedrich v. Sollet gest. — 1856 Österreichischer Heerführer Eduard v. Böhm-Ermolli geb. — 1861 Bildhauer Ernst Rietschel gest. — 1862 Dichter Justus Kerner gest.

o Ausbau der Frauenschulen. Die Frauenschulen wurden in Preußen im Jahre 1908 eingerichtet, um die Mädchen für ihren Beruf als Frau besser vorzubilden. Die Unterrichtsverwaltung will jetzt diese Schulen den Anforderungen der Zeit besser anpassen und sie vermehren. Es sind dafür drei neue Bezirke aufgestellt worden, einmal Frankfurt in die Bedürfnisse und Anforderungen des Haushalts, Kenntnis der Mittel und ihre Ausnützung; dann die Sorge für das Wohl des Kindes wie für alle Familienangehörigen; endlich eine allgemeine Weiterbildung als Staatsbürgerin. Es sollen weit zahlreichere Frauenschulen als bisher eingerichtet werden. Jedes Institut soll seinen Schülerinnen die Möglichkeit einer derartigen Fortbildung bieten. Die Eltern sollen sich daran gewöhnen, den Besuch der Frauenschule als notwendig für eine abgeschlossene Bildung ihrer Töchter anzusehen. Statt sie in ausländische Pensionen zu schicken. Das praktische Ziel soll mehr als bisher im Auge behalten werden. Auch in kleinen Städten soll die Einrichtung ermöglicht werden. Der Kreis der aufzunehmenden Schülerinnen wird weitergezogen. Andererseits soll auch Studentinnen und Lehrerinnen Gelegenheit zur Ausbildung in den praktischen Fächern gegeben werden.

§ Nass. Siedelungsgesellschaft. Angeregt durch die Befreiungen, den Kriegsbetroffenen, den Angehörigen gefallener Krieger und den heimkehrenden Kriegern im möglichst weitem Umfang Gelegenheit zur Beschaffung geeigneter Heimstätten zu gewähren, wird die Frage der Gründung einer gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft für den hiesigen Bezirksverband erwogen. Abweichend von dem Vorgehen anderer Provinzen, die mit ihren Siedelungsgesellschaften vorzugsweise der sogenannten inneren Kolonisation durch Schaffung und Erhaltung von Bauerstellen dienen wollen, soll die Nassauische Siedelungsgesellschaft entsprechend den Grundbesitzverhältnissen unseres Bezirks in erster Linie die Beschaffung und Erhaltung Kleinwohnstätten für Handwerker, Kleingewerbetreibende, Angestellte und Lohnarbeiter jeder Art erstreben, die in der Nähe der Arbeitsstätten gelegen und mit einer für eine Familie hinreichend ausreichenden Fläche Gartenlandes ausgestattet werden sollen. Bereits hat die Rgl. Staatsregierung und ebenso der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden eine Stammeinlage von je 250.000 M., die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau eine solche von 50.000 M. in Aussicht gestellt. Das Gelingen des Unternehmens aber wird davon abhängig sein, daß es auf möglichst breite Schultern gestützt wird, daß neben den in Betracht kommenden öffentlichen Verbänden und Korporationen auch tüchtige Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung, aus Handel und Industrie usw. sich daran beteiligen, damit der Gesellschaft eine möglichst umfangreiche Veräußerung gesichert werde. — Eine große Anzahl Nassauer Städte ist bereits der Siedelungsgesellschaft als Mitglied beigetreten.

Bekanntmachung.

Die Brennholz-Versteigerung vom 20. d. M. in den Distrikten 52 Dehnen und 53 a Gebraunenberg wird hiermit genehmigt.

Donnerstag, 21. Februar 1918.

Der Magistrat

Eierbriketausgabe

Von morgen früh 9 Uhr ab am Staatsbahnhof nur an die Leute, welche bei der letzten Briketausgabe nicht mehr berücksichtigt werden konnten und die notiert worden sind.

Nachher Nummernausgabe und Bezahlung im Bismarckbüro. Pro Haushalt 1 Ztr.

Die Bewirtschaftung der baumwollenen und leinenen Fägarne ist auf die Reichsbekleidungsstelle übergegangen, die die Verteilung jetzt regelt.

Der Bedarf an Nähgarn für die Zeit bis zum 1. 4. 18 ist von den Kleinhändlern, Bild- und Wäschehändlern bis zum 25. d. M. beim Landratsamte anzumelden. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister.

Fleisch-Verkauf

am Freitag von 2-5 für K-5 beim Regim. Volk
„ Samstag „ 2-5 „ 6-8
„ Freitag „ 2-5 „ 6-8 „ Hammer
„ Samstag „ 2-5 „ 6-8

Es werden verkauft:

1. auf die grüne Vorzugsreichsliste: 250 Gramm.

2. „ Reichsliste: 100

an Reichsliste: Erwachsene je 150

„ Kinder 100

Ueber Fleisch, welches zu den angegebenen Zeiten nicht abgeholt wird, wird anderweitig verfügt werden.

Freitag, 21. Febr. 1918.

Die Pol.-Verw.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.

Die in Aussicht gestellte Wetterkurve ist vergangene Nacht eingetreten.

Es sind weitere Niederschläge zu erwarten.

Bekanntmachungen der Rätlichen Behörden. Stadtverordneten-Sitzung.

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung werden hierdurch zu der
am Samstag, den 23. Februar 1918,
Nachmittags 2 Uhr
im Rathhause saale hier unterzuziehen

Sitzung

- eingeladen.
1. Vorlage der Jahresrechnung 1918.
 2. Abgabe von Forderungen an die Schatzereigenen-
schaft.
 3. Beitritt der Stadt zu der Nassauischen Siedelungs-
gesellschaft.
 4. Mitteilungen.
 5. Geheime Sitzung.
- Braubach, 18. Februar 1918.
Der Stadtverordneten-Vorstand

Auszug aus der neuen Brotverordnung

Den einzelnen Haushaltungen des Kreises werden wöchentlich für den Kopf der Bevölkerung 1337 Gr. Brotmehl einschließlich 10 pSt. Streckungsmehl (bzw. 1330 Gr. Weizenmehl) zugeteilt, soweit es sich nicht um Personen handelt, für die von der Bestimmung des § 7 Absatz 1 der Reichsgetreideverordnung Gebrauch gemacht wird.

Brot und Mehl darf nur gegen Brotmarken bezogen werden. Die Brotmarken lauten aber insgesamt:
1850 Gramm Brot oder
1330 Gramm Mehl

und berechnen zur Abnahme der entsprechenden Mengen Brot oder Mehl.

Die Verwendung der einzelnen Brotmarken zu anderen als den bestimmt gemachten Zeiten ist untersagt.

Aus dem vom Kommunalverband zugewiesenen Mehl dürfen nur Einheitsbrote bereitet werden, und zwar:

- a) ein gr. Laib mit einem Verkaufsgewicht v. mind. 1850 Gr.
- b) „ „ „ „ „ „ 925 „
- c) „ „ Weizenbrot aus Weizenmehlsatzmehl „ 925 „
- d) „ „ „ „ 94 proz. Weizenmehl „ 925 „

Die Weizenbrote dürfen nur an Kranke gegen eine besondere Brotkarte mit dem Aufdruck „Krankensbrot“ verausgabt werden.

Zur Bereitung der Einheitsbrote ist zu verwenden:

- a) für das große Laib 1204 Gramm Brotmehl und 183 Gramm Streckungsmehl.
- b) für das kleine Laib 602 Gramm Brotmehl und 67 Gramm Streckungsmehl.
- c) für die Weizenbrote 665 Gramm reines Weizenmehl ohne Zusatz von Rastoffen- oder Roggenmehl.

Das Einheitsbrot ist mit einem Datumstempel zu versehen (z. B. 19. 11. 18.) und darf erst 24 Stunden nach seiner Herstellung in gut ausgedehntem Zustande ausgegeben werden; auch muß es am Tage nach der Fertigstellung noch das vorgeschriebene Gewicht haben.

In Betrieben, in denen Brot gebacken wird, dürfen Kuchen und Konditorwaren (Rastoffgebäck) nicht hergestellt und nicht feil gehalten werden.

Die Brot- und Mehlpreise werden festgesetzt:

- a) für das große Laib Einheitsbrot von 1850 Gr. 80 Pfg.
- b) „ „ „ „ 925 „ 40 „
- c) „ „ „ „ 94 proz. Weizenmehl „ 45 „
- d) „ „ „ „ 94 proz. Weizenmehl „ 75 „
- e) „ „ 1330 Gramm 94 proz. Weizenmehl „ 70 „
- f) „ „ „ „ 52 „
- g) „ „ „ „ 46 „

Wenn Mehl an Bäder gegeben wird, mit der Verpflichtung Brot dafür zurückzuliefern, so sind für 1337 Gramm Mehl, bestehend aus 1204 Gramm Brotmehl und 183 Gr. Rastoffmehl, 1850 Gr. Einheitsbrot zu liefern bei einem Nachschub von 12 Pfg., wobei die Erbsenkartoffelerzeugnisse vom Aufstehen zu reifen bezogen werden dürfen zu vergüten sind. Es steht den Aufstehenden frei, mangels Rastoffmehl als Ersatz die gleiche Menge Rastoffmasse (geriebene, rohe Rastoff in ohne Schalen) oder im Einverständnis des Baders die gleiche Menge Erbsenkartoffeln zu liefern.

Diese Anordnung trat am 18. Februar in Kraft.

Der Kreisaußschuß.

Wird veröffentlicht.

Braubach, 19. 2. 18.

Die Pol-Verwaltung

Schöne Auswahl in passenden

Kommunion- und Konfirmations-Geschenken

wie: Portemonnaie, Manschettenknöpfe, Brustnadeln, Ketten, Handtaschen und sonstiges

in verschiedenen Preislagen sehr vorteilhaft.

Rud. Neuhaus

Krebs Lederfett

empfehlen

Jean Engel.

Weinbergspfähle

eingetroffen. Chr. Wiegardt.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß

alle

Gemüse-

sämereien

(auch Zuckerrüben und Runkelrüben)

eingetroffen sind

Walter Studert.

Besten

zu Unterreden und Demben

alle Ware

empfehlen

Geschw. Schumacher.

Roblenlöffel,

Stacheln

und sämtliche

Feuergeräte

wieder zu haben bei

Georg Philipp Clos.

Für

Schneiderinnen

Häbsche Auswahl

in Spitzen und Ein-

lagen.

Große Auswahl in

Knöpfen

Echte

Chappseide

in farbig u. d. 25 Pfg.

Geschw. Schumacher.

Spitzenläppen für

Damen

in schwarz, weiß und farbig

in reicher Auswahl

Rudolf Neuhaus.

Rahmenlampen,

Sturmlaternen,

Handlaternen

empfehlen

Julius Rüping.

Gabelstern

Dreifuße

zum Selbstbesetzen der Schuhe

aus ankommen

Gg. P. H. Clos.

Herrn-

Schlipse

in großer Auswahl empfiehlt

Jul. Rüping.

Die so beliebten und besten

bekannten

Sämereien

der Besten europäischen Samen-

züchterei J. Effers, Düsseldorf

sind eingetroffen und empfehlen

solche zur Abnahme.

und. Neuhaus.

Salzgurken

empfiehlt Jean Engel.

Herrn-Kragen

and Schlipse

in großer Auswahl

Geschw. Schumacher

Besten Mörten

zum Ausmalen der Schamott-

keine für Ofen und Herde,

sowie auch

Chamottsteine

empfiehlt

Gg. Phil. Clos.

Herrn-

Socken

in Wolle und Baumwolle bei

G. Schw. Schumacher.

Feldpostkarten

sind wieder vorrätig

A. Lomb.

Haarschmuck

besonders schöne Sachen —

sehr preiswert

Rud. Neuhaus.

Taschenlampen und

Batterien

zu haben bei

Julius Rüping.

Neu angelegt:

Rucksäcke

und

Einkauf-

taschen

in guter preiswerter Ware.

R. Neuhaus.

Daill-Saucen-Pulver

Patet 18 Pfg.

empfiehlt

Jean Engel.

Herrnkragen,

Vorhemden,

Manschetten

und Schlipse

— moderne schöne Sachen —

in großer Auswahl eingetroffen

Rud. Neuhaus.

Spielkarten

das Pat. 1. — M.

neu eingetroffen.

M. Lomb.

Wagenschmiere

in 1 Pfund-Flaschen empf. ist

Jean Engel.

Große Auswahl in

farbiger Seide

zu

Blusen u. Kleider

sehr preiswert.

Geschw. Schumacher

Neu eingetroffen.

Spitzenkragen

für Blusen und

Socken

in reicher Auswahl außer

preiswert

Rud. Neuhaus.

Sie sparen

mehr als die Hälfte an Zeit, Seife und Feuerung,

wenn Sie sich

Johns „Dolldampf“

Waschmaschine

anschaffen.

Das Kochen, Dämpfen, Waschen und Desinfizieren der Wäsche erfolgt alles auf einmal. Die Wäsche wird weder gerieben, noch gezerrt, noch angebrannt. Der Dampf löst den Schmutz, die beständige Spülung entfernt ihn, er lagert sich am Boden ab und wird nicht, wie bei Holzwaschmaschinen, immer wieder aufs neue in die Wäsche getrieben.

Bedienung kinderleicht

Über 200 000 Stück verkauft.

Gg. Phil. Clos, Braubach.

Weisse Stoffe

gestickter Mull — Voili gemustert

für Communionkleider

zu billigen Preisen.

Geschw. Schumacher.

Dreifussstiefeleisen

wieder eingetroffen

Julius Rüping.

Zu den Benutzenden

Kommunion und Konfirmation

empfehlen in schöner Auswahl und sehr vollen

Preisen:

Für Knaben:

Hüte, Kragen, Manschetten,

Vorhemden, Schlipse, Hosenträger,

Strümpfe.

Für Mädchen:

Stoffe für Unterzeuge, Beidchen,

Untertaillen, Strümpfe, Hand-

schuhe, Haarbänder.

Rudolf Neuhaus.

Wirtschaftswagen

sind in schöner Ausführung zu haben bei

Julius Rüping.

Batterien

zu Taschenlampen

empfiehlt

Gg. Phil. Clos.

Einkochbüchsen

mit Gummiring

zum Versand ins Feld empfiehlt

Julius Rüping.

Neu eingetroffen:

Schwarze Wolle

z. B. 8.70 und 4 Mark

Geschw. Schumacher

Wand- und Hand-

Kaffcemühlen

in prima Qualität empfiehlt

Jul. Rüping.